

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Neue Lohnabbau-Offensive

Die Tarife für 50 000 städtische Arbeiter der Reichshauptstadt gekündigt / Zahlreiche Kündigungen auch in Privatbetrieben

Vor ernstesten Kämpfen

Zum 30. April ist eine Massenkündigung von Lohn- und Manteltarifen der Arbeiter und Angestellten in zahlreichen städtischen und privaten Betrieben zu erwarten, so daß der Monat April wieder einen große Häufung von Tarifverhandlungen bringen wird. Wenn auch die meisten Tarife bisher ohne Angabe von Gründen gekündigt worden sind, oder automatisch ablaufen, so ist anzunehmen, daß

in zahlreichen Fällen eine Senkung der Löhne und Gehälter von den Arbeitgeberorganisationen beabsichtigt ist.

An erster Stelle steht die Kündigung des Reichsmanteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner, die von dem Arbeitgeberverband der Kommunen zum 30. April ausgeschrieben worden sind. Daneben haben aber auch die Bezirksarbeitsgeberverbände der Gemeinden in vielen Gebieten die Lohn-tarifverträge gekündigt. Dies ist auch für Berlin geschehen, wo

sämtliche Tarife für die Arbeiter der städtischen Gesellschaften gekündigt sind, nämlich für die BVG, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die städtischen Güter und die Kammereibetriebe, in denen insgesamt 50 000 Personen beschäftigt sind.

Hinzu kommen die Kündigungen in zahlreichen Privatbetrieben. Bisher liegen Kündigungen für die Arbeiter des Speditionsgewerbes, der Möbeltransportbetriebe, der Hafens- und Lagerhausbetriebe, sowie für die Handelshilfsarbeiter des Berliner Großhandels vor, so daß von diesen Kündigungen etwa 4000 Arbeiter betroffen werden. Auch das Lohnabkommen für die Brauereiarbeiter muß infolge Kündigung auf dem Verhandlungswege erneuert werden. Darüber hinaus läuft eine ganze Reihe von Mantel- und Lohn-tarifverträgen automatisch zum 30. April ab, nachdem durch die bekannte Notverordnung mit Wirkung vom Januar d. J. sämtliche Tarifverträge zwecks Lohnsenkung teils in freier Vereinbarung, teils durch bindende Festsetzung des Schlichters eine neue Fassung erhalten hatten. Zum gleichen Termin läuft auch eine große Anzahl von Tarifverträgen der Angestelltenschaft ab, und bei den Angestelltengewerkschaften sind bereits in diesen Tagen mehrere Kündigungen eingelaufen oder werden zum heutigen Tage noch erwartet. Eine genaue Uebersicht, wieviel Arbeiter und Angestellte von den neuen Tarifkündigungen betroffen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht geben.

Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß eine erneute Senkung der Löhne und Gehälter untragbar sei, weil

die Preisabbauaktion nicht zu einer genügenden Senkung der Lebenshaltungskosten geführt habe. Sie erklären, daß sie sich einem weiteren Abbau mit allen Mitteln widersetzen werden und beantragen ihrerseits eine Verlängerung der bisherigen Lohn-tarife auf der jetzigen Basis. Die Termine für die einzelnen Verhandlungen sind noch nicht anberaunt, man weiß bisher nur, daß über den Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter voraussichtlich Mitte April verhandelt werden wird.

Soweit der Bericht eines Berliner Korrespondenz-Büros. Ganz zweifellos handelt es sich hierbei um den

Auftakt zu einer groß angelegten Offensive

des gesamten Unternehmertums, wobei gerade die Betriebe der öffentlichen Hand beispiel-

gebend vorangehen. Das ist in hohem Maße bezeichnend. Das Vorgehen vertritt sich nicht nur schlecht mit allen jenen wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen, wonach schon jede städtische Gaslaterne ein Stück wirklicher Sozialismus ist, sondern es enthüllt diese angeblich sozialistischen Gebilde zugleich als bewußte Schrittmacher der finstersten Sozialreaktion. Denn ist erst das Eis gebrochen, dann werden die größten Unternehmungen nicht zögern, ebenfalls zum Schlage auszuholen, wobei sie sich dann auf das Beispiel der städtischen Betriebe berufen werden.

Unter diesen Umständen ist es nun allzu begreiflich, daß der „Vorwärts“ als alleinigtes Berliner Abendblatt die obige Meldung unter-schlägt. Es gibt wohl keinen städtischen Betrieb in der Reichshauptstadt, wo die Sozialdemokratie nicht über „Machtpositionen“ verfügt. Um so weniger werden die betroffenen und auch die übrigen Arbeiter das Vorgehen der städtischen Betriebe verstehen und es bedarf also schon einiger Ueberlegungen, wie solche Zusammenhänge der SPD-Gefolgschaft klarzumachen sind, ganz abgesehen davon, daß all dies

mit dem Lied von der Eisernen Front nicht gut harmoniert.

Wie immer beeilen sich auch jetzt die Gewerkschaften, zu versuchen, daß „sie sich einem weiteren Abbau mit allen Mitteln widersetzen werden“. Aber indem sie dies erklären, geben sie bereits den Kampf weitgehend preis. Noch unlängst hatten sie sich dafür eingesetzt, daß sie bei der nächsten „Lohnreparatur“ der Arbeiterschaft wieder zurückerobern werden, was ihr über den Preisabbau hinaus genommen worden ist.

Dieser Wechsel ist jetzt fällig

und die Mitglieder müssen darauf bestehen, daß er eingelöst wird. Wohin das ewige Ausweichen vor dem Kampf führt, das hat die Arbeiterschaft schauernd erlebt. Die in Berlin ausgesprochenen Massenkündigungen müssen darum das Signal zur endgültigen Umstellung des Steuers sein. Die städtischen Arbeiter dürfen nicht abwarten, bis der neue Anschlag perfekt ist, sondern müssen sofort und unverzüglich die Kräfte mobilisieren und die Gewerkschaften zum Handeln drängen.

Riesenskandal in Oesterreich

„Die Bundeshaftung für die Credit-Anstalt erschlichen“

Eine aufsehenerregende Meldung kommt aus Wien. Der Finanzreferent der Gemeinde Wien, der sozialdemokratische Stadtrat Breitner, stellte in einer Versammlung die Behauptung auf, die Bundeshaftung für die Creditanstalt sei vom Nationalrat erschlichen worden.

Der jetzige Generaldirektor der Creditanstalt, van Hengel, habe bereits Pfingsten 1931 in seiner damaligen Eigenschaft als Berater der Creditanstalt bei der Regierung erklärt, daß die Verluste der Creditanstalt ein Vielfaches der am 11. Mai v. J. genannten Summe von 140 Millionen Schilling ausmachten. Nur durch Verschweigen dieses entscheidenden Zustandes habe der Nationalrat zur Annahme der Bundeshaftung für die Creditanstalt bestimmt werden können. Es sei eine planmäßige, geradezu verbrecherische Irreführung der gesetzgebenden Körperschaft.

Es liege ein Betrug im Nationalrate an Oesterreich vor.

Breitner hat seine Behauptung mit sehr detaillierten Angaben gestreift. U. a. erklärte er, man könne es mit voller Unbedingtheit aussprechen, daß sowohl bei der Bodencreditanstalt, wie bei der Creditanstalt schon seit Jahren wesentlich falsch bilanziert worden ist. Es handle sich um wohlbekannteste, aus Beratungen hervorgegangene Fälschungen, ein Betrug, der nicht erst im letzten Jahre verübt wurde, sondern systematisch Jahre hindurch. Dividenden ver-

teilt worden, die nie verdient wurden, Tantiemen aus diesen gefälschten Reingewinnen ausgezahlt und gemütsruhig eingestrichen worden. Man habe eigene Gesellschaften in Holland gegründet, um bequeme Bilanzfälschungen ausführen zu können. Am 31. Dezember hat man Riesensummen von Effekten verkauft und am 2. Januar zurückgekauft und so Bilanzbetrug verübt. Jeder Kaufmann, der sich nur den tausendsten Teil solcher Bilanzfälschungen zuschulden kommen lasse, werde erbarmungslos eingesperrt.

Weiter erhob Breitner gegenüber der Regierung den gravierenden Vorwurf, daß die im vorigen Sommer vom österreichischen Staat übernommene Haftung an Hand unzulässiger und gesetzwidriger Auslegung statt für neue Einlagen für bereits bestehende und noch gar nicht fällige geleistet wurde, sogar für die Garantien, die die Amstelbank übernommen hatte.

Für all dies darf der Steuerzahler nun büßen. Nach den Mitteilungen Breitners will man Oesterreich viele Jahre lang einen Tribut in Höhe von 42 Millionen Schilling auferlegen. Insgesamt handelt es sich um ein Opfer in Höhe von 1600 Millionen Schilling, wofür dann obendrein die Kreditanstalt zum Dank noch dem ausländischen Kapital überantwortet wird.

Die deutsche Öffentlichkeit wird angesichts dieser Enthüllungen gespannt aufhorchen und mit Recht fragen, ob die Brüning-sche Großbankensanierung nicht eines Tages ähnliche Ueberraschungen zutage fördert. Man kann nie wissen! Auch bei der Oesterreichischen Creditanstalt war anfänglich nur

ein Verlust von 140 Millionen Schilling genannt worden. Inzwischen hat er sich auf mehr als das Zehnfache erhöht. Wer weiß darum, ob nicht eines Tages in Deutschland ebenfalls Nachforderungen seitens der Banken angemeldet werden. Vor allem aber muß es im höchsten Maße beunruhigen, wie es möglich war daß eine angesehenere Großbank es fertig gebracht hat, jahrelang die Bilanzen zu fälschen. Denn was eine Bank in Wien fertig bringt, dazu sind natürlich andere Banken in Berlin, Stockholm oder sonstwo auch imstande.

Schließlich erhebt sich auch die Frage, warum die österreichische Sozialdemokratie erst jetzt mit diesen skandalösen Tatsachen vor die Öffentlichkeit tritt. Sie hat sich damals mit einem ebenso großen wie unverständlichen Eifer für die Sanierung der Creditanstalt eingesetzt, obwohl schon die Umstände dieser Sanierung sie davor hätten zurückschrecken lassen müssen. Offenbar will die Partei jetzt von dieser Angelegenheit ab-rücken, aber sie wäre sicher besser beraten gewesen, wenn sie sofort die Trommel gerührt hätte in dem Augenblick, wo der an dem österreichischen Volk begangene Betrug noch zu durchkreuzen war.

Man ist eben nicht ungestraft Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Immerhin, ein Trost bleibt: wenn durch diese Erfahrungen der österreichischen Sozialdemokratie zugleich auch die neueren staatskapitalistischen Illusionen der Sozialdemokratie einen kräftigen Stoß erleiden, hätte diese ganze Angelegenheit wenigstens noch einen Nutzen.

Der Hauptfeind

Die Reichspräsidentenwahl offenbart die heillosse Verwirrung, die zur Zeit in großen Teilen der Arbeitermassen herrscht. Es ist eine traurige Tatsache, daß jetzt zum zweiten Wahlgang in den Reihen breiter Arbeiterschichten von neuem die Frage aufgeworfen wird, ob man Thälmann, — Hindenburg oder Hitler wählen soll. Daß bei vielen Arbeitern alle drei Kandidaten ernsthaft zur Diskussion stehen, zeigt die katastrophalen Auswirkungen der SPD- wie der KPD-Politik. Während einerseits die SPD mit ihrer Hindenburgparole die Kräfte der Arbeiterklasse für den ausgesprochenen Vertreter des Großkapitals und der monarchistisch gesinnten Großgrundbesitzer einzuspannen versucht, verhindert die KPD mit ihrer ultralinken Politik die Herstellung einer einheitlichen Klassenfront.

Ist es schon von unermeßlichem Schaden für die proletarischen Interessen, daß im ersten, wie sicher auch im zweiten Wahlgang Millionen von Arbeitern für den Feldmarschall Hindenburg stimmen, so zeigt sich jetzt bei Anhängern der KPD für den zweiten Wahlgang eine noch verhängnisvollere Wirkung. Das fast Unglaubliche ist eingetreten, daß KPD-Anhänger ernsthaft dafür eintreten, im zweiten Wahlgang für Hitler zu stimmen. Ein kommunistisch orientierter Arbeiter hat sich sogar öffentlich in einer Zuschrift an die „Welt am Abend“ dafür eingesetzt.

Die Argumentation dieser „kommunistischen“, besser völlig verwirrten Arbeiter, ist die: „Thälmann wird doch nicht gewählt, jede Stimme für ihn, wäre daher verloren. Da aber dann nur Hindenburg oder Hitler ernsthaft in Frage kämen, wäre es besser gleich Hitler zu wählen. Denn — so sagen sie — nach den Worten bekannter KPD-Führer ist erstens die SPD der Hauptfeind und zweitens könnte Hitler seine Herrschaft doch nur wenige Tage aufrecht erhalten, dann käme der große Entscheidungskampf.“ Also: um die Revolution schnell herbeizuführen — die Wahl von Hitler!

Diese Verwirrung ist offensichtlich so weit verbreitet, daß sich die „Rote Fahne“ vom Donnerstag, den 31. März, gezwungen sieht, dazu in einem offiziellen Artikel von Ulbricht Stellung zu nehmen. Ulbricht nimmt zwar formal gegen diese Parole Stellung. Aber er und mit ihm die KPD-Führung, wollen die Ursachen dieser Verwirrung nicht nur nicht sehen, sondern sie geben auch in ihrer jetzigen Stellungnahme diesen irreführenden Arbeitern erneut die Argumente für ihren falschen Standpunkt. Die „R.F.“ schreibt:

„Manche Erwerbslosen glauben, daß so die Krise beschleunigt heranwächst. Sie wollen den täglichen Kampf um Lohn und Brot, den täglichen Massenwiderstand, in dem die Kampfkraft des Proletariats wächst und die Klassenfront sich formiert, vertagen in Erwartung irgendeiner Naziprozession, in der Hoffnung, dann morgen die Arbeiter spontan in den Kampf zu bringen. . . . Dieses Argument mancher Arbeiter geht davon aus, daß der Hitlerfaschismus der Hauptfeind sei, während in der Tat die faschistische Diktatur in Deutschland von den Hindenburgparteiern und von den Regierungen Brüning und Severings mit Hilfe der Nazis durchgeführt wird.“

Also wieder der alte Unsinn: „Nicht die Faschisten, sondern die SPD ist der Hauptfeind.“ Diese KPD-Parole ist es aber gerade, die das Unheil in den Köpfen vieler kommunistischer Wähler verursacht hat. Arbeiter, die diese Parole ernstnehmen, müssen bei der gegebenen Situation ganz logisch zu dem Schluß kommen, für Hitler zu stimmen. Denn wenn der Hauptfeind Severing und die SPD, aber nicht Hitler ist, und wenn die Wahl Hitlers weiter zum schnellen Entscheidungskampf, zur Revolution führt, dann hätten diese Arbeiter recht.

Nicht diese völlig verwirrten Arbeiter, sondern die KPD-Führung mit ihrer völlig falschen Politik und Zielrichtung ist schuld an dieser Hitler-Wahlperiode innerhalb der Arbeiterschaft.

Diese für die deutsche Arbeiterbewegung beschämende Erscheinung ist ein klassisches Beispiel dafür, daß ultralinke Phrasenpolitik in ihrer Konsequenz zu konterrevolutionären Handlungen führt. Es ist leider Tatsache, daß die KPD-Führung durch ihre Ideal Konkurrenz mit den Nazis in Nationalismus, durch ihren gemeinsamen Volksentscheid mit den Faschisten die Grenzen zwischen KPD- und Nazianhängern verwischt hat. Es ist weiter Tatsache, daß R. e. m. e. l. e., W. K. o. e. n. e. n. und andere KPD-Führer, wie auch die KPD-Presse immer wieder die „revolutionäre“ Rolle des Faschismus hervorhoben und den Arbeitern einredeten, die Nazis könnten sich nicht lange an der Macht halten und dadurch würden die SPD-Arbeiter in die revolutionäre Front gestoben.

Die katastrophalen Folgen dieser irr-sinnigen Auffassung sind jetzt da. Es ist daher höchste Zeit, daß alle Arbeiter, besonders aber die KPD-Mitglieder, daraus die Lehre ziehen.

Handel mit „öffentlicher Meinung“ Geschäft und Politik bei Mosse

Berlin, 31. März 1932.

Die Geschäftspraktiken der bürgerlichen Presse waren des öfteren bereits Gegenstand von gerichtlichen Erörterungen, die ergaben, daß zwischen Redaktion und Inseratenteil ein enger Kontakt — wie es wohlwollende Beobachter auszudrücken pflegen — besteht.

Ein sensationeller Beleidigungsprozeß vor dem Amtsgericht Neukölln enthüllte Zustände aus dem Verlagsbetrieb des Hauses Mosse, die das volle Interesse der Öffentlichkeit verdienen, weil der schlüssige Beweis geliefert wird, daß den Inseratenakquisiteuren eine regelrechte Skala mit auf den Weg gegeben wurde für die Berücksichtigung der Inserenten im redaktionellen Teil.

Angeklagt war Herr Karl Vetter, Verlagsdirektor bei Lachmann-Mosse, der durch die Erteilung einer Auskunft den entlassenen Chefredakteur Rudolf Jonas verleumdete und beleidigt hatte. Jonas war Chefredakteur der Fachzeitschriften des Hauses Mosse, der Sonderausgabe „Ausland und Uebersee des Berliner Tageblatts“ und zugleich verantwortlich für die redaktionellen Richtlinien der Propaganda. Er soll in dieser Eigenschaft Text und Reklame zusammen- und durcheinandergebracht haben. Er hat

in zahlreichen Fällen Firmen Versprechungen über entsprechende Berücksichtigung im redaktionellen Teil gemacht, wenn sie sich zur Aufgabe von Inseraten in den betreffenden Zeitschriften entschließen würden.

Nachdem ein Teil der von Jonas redigierten Zeitschriften eingegangen war, lehnte man seine Uebernahme in die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ ab, weil seine Inseratengeschäfte für eine solche Zeitung nicht tragbar seien. Nach seiner Entlassung verhandelte Jonas mit einem Buchdruckereibesitzer Münster, der sich an den Verlag Mosse zwecks Erteilung einer Auskunft wandte. Bei dieser Gelegenheit hat

Vetter Jonas als „korrupt“ bezeichnet. Jonas ging nun gegen den Verlag Mosse mit einer Schadenersatzklage auf dem Zivilwege vor und strengte gleichzeitig die Beleidigungsklage gegen Karl Vetter an.

In der Verhandlung wurde Vetter von Prof. Alsborg verteidigt, während Jonas, der nicht erschienen war, durch Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld vertreten wurde.

Jonas bestreitet nicht die ihm zur Last gelegten Praktiken seiner Redaktionsführung.

behauptet aber, was auch in einem Vergleich vor dem „Reichsverband der deutschen Presse“ festgestellt wurde,

durch den Verlag gezwungen worden zu sein, „Redaktion und Verlag zu verbinden“.

In der Verhandlung verlas Dr. Hirschfeld zahlreiche Anordnungen und Briefe Karl Vetters, die zur Berücksichtigung der Inserenten aufforderten. So wurde die Forderung aufgestellt, der Fa. Karstadt mit einer Bildseite in „Haus, Hof und Garten“ zu gedenken, ferner mit Herrn Steinert von der Inseratenabteilung in ständiger Verbindung zu bleiben. Das Tollste aber ist eine

Anweisung an die Inseratenakquisiteure, die einen regelrechten Tarif für redaktionelle Notizen darstellt.

Bei einer ganzen Seite Inserat wurde der Inserent mit einem Artikel von 8 Schreibmaschinenseiten, bei einer halben Seite von 4 Schreibmaschinenseiten, bei einer Viertel-seite von 2 Schreibmaschinenseiten und bis

Sie müssen begreifen, daß, wenn man schon von einem „Hauptfeind“ spricht, der Hauptfeind heute der Faschismus ist. Hitler und seine Armee, das ist heute die stärkste und für das Proletariat gefährlichste Waffe des Kapitals. Die gilt es vor allen Dingen zu zerschlagen. Das bedeutet gewiß nicht, daß etwa Hindenburg — Brüning — Gröner demgegenüber das „kleinere Übel“ sind, oder gar, daß mit Hilfe von Hindenburg Hitler geschlagen werden könnte. Beide stützen sich gegenseitig. Hitler schlagen bedeutet gleichzeitig, der Brüning-Gröner-Diktatur den schwersten Stoß zu versetzen. Wie umgekehrt der Faschismus nur geschlagen werden kann durch gleichzeitigen schärfsten Kampf gegen die Brüning-Regierung, gegen Lohnraub und Abbau der Sozialunterstützungen.

Es ist eine selbstmörderische Illusion, zu glauben, daß der Faschismus sich nach Uebernahme der Macht schnell abwirtschaften und so den Sieg der sozialen Revolution beschleunigen würde. Hitlers Machtübernahme wäre der entscheidende Sieg der Konterrevolution,

zu einer Achttelseite mit zehn Druckzeilen im redaktionellen Teil bedacht. Die Verfertigung des Artikels steht dem Inserenten zu.

Zu seiner Verteidigung führte Vetter an, daß solche redaktionellen Liebesgaben allgemein üblich sind,

und er erinnert dabei an den Reklameartikel beim Jubiläum der Firma Tietz. Und Prof. Alsborg meinte, es gebe dreierlei Teile in jeder Zeitung, einen für die Redaktion, einen für die Inserate und einen, der zwischen beiden liege, der üblich

geworden sei und an den sich das Publikum gewöhnt habe.

Wir sind ganz seiner Ansicht, wir haben immer auf die

Meinungsbasare der bürgerlichen Presse hingewiesen, die bestimmt sind, im Dienste der herrschenden Klasse, im Dienste der Inserenten, öffentliche Meinung zu fabrizieren. Daß dieses Geschäft heute schon so plump betrieben wird, wie es in diesem Prozeß zutage gefördert wurde, zeigt nur den Verfall der Reste einer Moral von publizistischem Anstand.

Tschechische Regierung weicht zurück Widerruf der Bergarbeiter kündigungen

Im tschechischen Abgeordnetenhaus, dessen Eröffnungssitzung ganz im Zeichen des Bergarbeiterstreiks stand, gab der Minister für öffentliche Arbeiten einen Erlaß bekannt, durch den für die Brüner Kohlenwerksgesellschaft und die Nordböhmischen Kohlenwerke angeordnet wird, daß

die Kündigungen der Bergarbeiter auf der Humboldt- und Nelson-Grube sofort widerrufen werden.

Diese Entscheidung ist den Belegschaften bekanntzugeben. Der Minister hat weiter angeordnet, daß aus öffentlichrechtlichen Gründen vorläufig keine weiteren Massenkündigungen erfolgen dürfen. Nach Ansicht des Ministers werden durch diese Entschei-

dung die Verhältnisse im nordböhmischen Kohlenbergbau in einer Weise geregelt, daß ein Grund für eine Fortdauer des Streiks nicht mehr besteht.

Kohlenbestellung beim Streikausschuß

TU. Prag, 30. März 1932.

Das Prager Elektrizitätswerk, das täglich 12 Waggons Kohlen verbraucht, hat beim Brüner Streikausschuß um Zuweisung von 100 Waggons Kohlen angesucht, da die Montangesellschaft selbst dem Elektrizitätswerk keine Kohlen mehr zuweist. Für das Seestädter Elektrizitätswerk sind die Kohlenvorräte für einige Wochen ausreichend.

Neue Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten

Nanking, 31. März 1932.

Das japanische Oberkommando hat in letzter Zeit die japanischen Stellungen stark befestigt. Es wurden neue Schützengräben angelegt und schwere Artillerie- und Flugabwehrgeschütze untergebracht. Außerdem sind mehrere Fluggeschwader bereitgestellt worden, um einen neuen Angriff auf die chinesischen Stellungen zu unternehmen, falls die chinesisch-japanischen Friedensverhandlungen abgebrochen würden.

Die chinesische Kaufmannschaft fordert Ablehnung jeder Konzession an Japan, die eine Beschränkung der chinesischen Souveränität bedeuten würde.

★

Tokio, 30. März 1932.

Die japanischen Zerstörer haben am Mittwoch Schanghai verlassen, um sich nach Kanton zu begeben. Dort sollen sie mindestens drei Wochen bleiben. Außerdem werden ein Kreuzer und drei Minenboote nach Kanton gesandt. Die chinesische Bevölkerung ist durch die Verstärkung der japanischen Flotte sehr beunruhigt.

Wenn es nun keinen Frieden gibt . . .

Festessen bei Tschiangkaischek

Nanking, 31. März 1932.

Am Mittwoch veranstaltete General Tschiangkaischek ein glänzendes Festessen zu Ehren der Mitglieder des Mandchurei-Ausschusses des Völkerbundes, die zur Zeit in Nanking weilten. Der Ausschuß wird am Frei-

verbunden mit der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen. Dadurch würde für lange Zeit jeder wirkungsvolle Widerstand der Arbeiterklasse gebrochen.

Es gilt daher, der höchst schädlichen KPD-Phrase: „Der Hauptfeind ist die SPD“ — neuerdings ist schon die SAP zum „Hauptfeind“ geworden — mit aller Schärfe entgegenzutreten. Statt von allen möglichen „Hauptfeinden“ zu schwätzen und damit den Faschismus zu begünstigen, müssen alle Kräfte konzentriert werden, um die geschlossene Arbeiterfront herzustellen.

Dieses Ziel hat sich die SAP gestellt. Sie hat den Weg hierzu in dem vom Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm, wie auch in der Prinzipienklärung klar aufgezeigt. Nicht Arbeiter gegen Arbeiter, sondern Einsetzung aller Arbeiterorganisationen, aller Kräfte des Proletariats zum gemeinsamen Kampf. Arbeiterfront gegen Faschismus und Kapitalsherrschaft, das ist die Losung der Stunde.

tag oder Sonnabend nach Hankau weiterfahren, wo er einige Tage verbleiben wird. Voraussichtlich werden die Ausschußmitglieder dann noch einmal nach Nanking zurückkehren, bevor die Reise nach Peking und der Mandchurei angetreten wird.

Kapitalistischer Menschenschacher

Polnische Arbeiter werden nach Afrika abgeschoben

Warschau, 31. März 1932.

Wie der „Krakauer Kurier“ aus Paris meldet, habe man dort gegenwärtig streng geheime Verhandlungen zwischen Polen und Frankreich geführt, um den polnischen Auswanderern im französischen Kolonialreich eine Konzession zu sichern. Die polnischen Delegierten wollten die von Arbeitslosigkeit bedrohten, in Frankreich lebenden polnischen Arbeiter in einer afrikanischen Kolonie Frankreichs ansiedeln. Die französischen Behörden seien aber nicht geneigt, dieser polnischen kolonialen Siedlung nationale Autonomie zu gewähren. Die Franzosen wiesen darauf hin, daß die polnischen Forderungen auf eine Beschränkung der französischen Staatshoheit hinauslaufen.

Neue Zollkonventionen

Wien, 30. März 1932.

Der österreichische Nationalrat beschloß, den Handelsvertrag mit Ungarn mit dem 1. April zum 1. Juli 1932 zu kündigen. Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag sollen ungesäumt angebahnt werden. Durch einen weiteren Beschluß des Ministerrats wird das Zusatzabkommen zum italienischen Handelsvertrag und die Verlängerung des modus vivendi mit Rumänien genehmigt, und dem Hauptausschuß zur Erteilung seiner Zustimmung vorgelegt werden.

Diese Zusätze zum Handelsvertrag mit Italien geben dem Handelsvertrag, wie von maßgebender Seite versichert wird, tatsächlich den Charakter eines Präferenzvertrages. Oesterreich gewährt Italien die zollbegünstigte Einfuhr von 125 000 h. Wein zum Vertrags-satze von 195 Goldkronen, wobei jedoch Italien im Wege des Abrechnungsverfahrens fünf Goldkronen vergütet werden. Italien wiederum begünstigt die österreichische Holzausfuhr durch Gewährung eines größeren Kontingents. Außerdem soll eine Rückvergütung vereinbart worden sein, die infolge der Umrechnung der Kurse sogar den Zollsatz übersteigt. Bemerkenswert erscheint es auch, daß in dem österreichisch-französischen Vertrag das österreichische Holzausfuhrkontingent aufrecht erhalten bleibt, obwohl es bei den anderen Staaten um die Hälfte gekürzt worden ist.

Diese neuen Abkommen, von denen besonders das österreichisch-italienische von Bedeutung ist, sind im Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen über die Donauföderation von Interesse. Es handelt sich um eine Art Vorbereitung, in die Italien sich geschickt einghängt hat.

Antimilitarismus und Sozialdemokratie

Die Urgründe der Panzerkreuzer-Politik / Von Otto Jacobsen

2. Fortsetzung.

Schippel kommt also auf Grund sogenannter „realer Tatsachen“ und der daraus resultierenden „realpolitischen“ Erkenntnis zu der Auffassung, daß die riesigen unproduktiven Militärausgaben, abgesehen von der machtpolitischen Seite, auch ökonomisch eine Lebensbedingung der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung sind, und meint, daß man mitmachen müsse. Darüber hinaus kommt Schippel

zu **Schlußfolgerungen, welche die ganze Grundsatzlosigkeit einer opportunistischen Haltung überhaupt kennzeichnen.**

Er glaubt, daß eine Demokratisierung der Armee möglich sei, und sieht darin die Beseitigung der gefährlichen Wirkung des Militarismus nach innen. Er glaubt, daß die quantitative Erweiterung der Armee zu einem qualitativen Umschlag werden muß.⁷⁾

„Wird die allgemeine Dienstpflicht gekürzt, die allgemeine Wehrpflicht weiter durchgeführt, so demokratisiert sich die Armee von ganz allein, so hört sie auf, in dem scharfen Sinne von heute Klassenwerkzeug zu sein, so wird die Armee in unsere Hände hinübergeliefert. Wer will die Rekruten liefern, wer die Arbeiter für die militärischen Fabriken, für die Eisenbahnen, ohne welche die ungeheuren Truppenmassen bewegungsunfähig sind? Der ganze Militarismus wird nicht mehr leben können ohne uns. Die heutige Armee wird, wenn sie sich so weiter entwickelt,

eine Arbeiterarmee ganz von selbst, oder sie wird eine Armee, die man nicht mehr gegen Arbeiter verwenden kann, nicht mehr verwenden kann zu auswärtigen Kriegen, die die Arbeiterklasse nicht billigt. Und man mag über den „inneren“ Kampf denken wie man will: Wenn ein Krieg kommt, ist die Armee doch das Volk in Waffen, und dann üben wir die Macht und den Einfluß aus, die uns in der heutigen Gesellschaft überhaupt möglich sind.“

Die von Schippel für möglich gehaltene Machtausübung in der Zukunft erweist sich notwendig als Illusion. Von 1914—1918 kann von einer Machtausübung der Sozialdemokratie nicht die Rede sein — es ist vielmehr so, daß sich die Sozialdemokratie bedingungslos der obersten Heeresleitung unterwirft, ja, mit den gewerkschaftlichen Organisationen einen Bestandteil der Macht der obersten Heeresleitung bildet.⁸⁾ Die mechanische Auffassung von der Demokratisierung der Armee hat ihre Parallelen in dem Glauben von „dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“ und dem „Sich-häuslich-einrichten im Kapitalismus“. Für Schippel ergibt sich die Demokratisierung aus sogenannten Tatsachen — er knüpft sie nicht an Voraussetzungen —, er übersieht vor allem, daß das militärische System, aufgebaut auf „Befehl und Gehorsam“, eine Demokratisierung nicht zuläßt und vor allem auch deswegen nicht zulassen kann, daß die Armee in einem lebendigen dialektischen Zusammenhang mit der bestehenden Ordnung steht. Er übersieht ferner,

⁷⁾ Ebenda S. 263.

⁸⁾ s. Kap. Kriegspolitik der Sozialdemokratie.

daß jeder Versuch einer Demokratisierung bereits zur Voraussetzung hat: Bewußte, organisierte und illegale Arbeit in den Kasernen. Mit Recht wurde gegen Schippel der Vorwurf erhoben, daß es unlogisch sei, gegen die Militärforderungen überhaupt zu stimmen, wenn man, wie er, den Militarismus erstens für unentbehrlich halte und zweitens als eine Entlastung des ökonomischen Drucks ansehe. Dr. Schoelank erklärt zur Demokratisierungsidee Schippels:⁹⁾

Die Linken — Ledebour, Adolf Hoffmann, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin — bringen zur Frage des Militarismus einen Antrag ein:

„Wenn wir warten wollen, bis der Militarismus in die Volkswehr hinein-

⁹⁾ Parteiprotokoll 1899, S.

wächst, dann können wir alt wie Methusalem werden und dann wird noch immer die herrschende Klasse das Heer nicht für das Volk, sondern gegen das Volk verwenden.“

„Der Parteitag weist die vom Genossen Schippel in seinen Aufsätzen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller Entschiedenheit zurück, da er in ihr einen Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei erblickt.“ Der Antrag findet dadurch seine Erledigung, daß eine Resolution Bebel's angenommen wird, die ein Bekenntnis zur bisherigen Taktik, insbesondere der antimilitaristischen Einstellung der Partei enthält.

Die Furcht vor einer konsequenten Entscheidung und der Mangel an Bekenntnis zu

entscheidendem Handeln kommt am besten auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 zum Ausdruck. Am klarsten erkennt hier Karl Liebknecht die Funktion des Heeres, vor allem, daß die antimilitaristische Tätigkeit der Sozialdemokratie nicht nur beschränkt bleiben darf auf parlamentarische Aktionen oder Abfassung von revolutionären Resolutionen, die einstimmig oder mit großen Mehrheiten angenommen werden. Er beantragt daher:

„Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuß zu bilden.“¹⁰⁾

¹⁰⁾ Antrag 114 des Mannheimer Parteitag-protokolls 1906.

(Weitere Artikel folgen.)

Verkehrsflugzeug abgestürzt Drei Tote

Bagdad, 31. März 1932.

Nach einem hier eingegangenen Funk-spruch ist das französische Verkehrsflugzeug der Strecke Damaskus—Bagdad, während es die Wüste, wahrscheinlich in nur geringer Höhe, überflog, von einem Sandsturm überrascht worden und etwa 300 Kilometer von Bagdad entfernt gegen einen Hügel gestoßen und zerschellt. Die drei Insassen, der Pilot, der französische Mechaniker und Oberst de Regnier, der schweizerische Präsident des Völkerbunds-ausschusses, der den genauen Verlauf der Grenze zwischen dem Irak und Syrien festsetzen soll, wurden getötet. Der eingeborene Chauffeur eines Autobusses, der die Trümmer des Flugzeuges entdeckte, benachrichtigte die Behörden von Rutba, die sich sofort nach der Unglücksstätte begaben.

Ein Militärflugzeug wird die Leichen nach Bagdad bringen.

Autounglück: 2 Tote

Gelsenkirchen, 31. März 1932.

Zwischen Randerath und Lindern ereignete sich in der vergangenen Nacht ein schweres Kraftwagenunglück. Ein Kraftwagenbesitzer aus Linnich unternahm mit drei Kollegen in seinem neuen Wagen eine Fahrt. Dabei streifte der Wagen, der mit einer Geschwindigkeit von über 60 km fuhr, einen Baum und wurde auf die andere Seite der Straße geschleudert, wo er zertrümmert liegen blieb. Der Besitzer trug lebensgefährliche Verletzungen davon; zwei Insassen wurden getötet. Der vierte Insasse kam mit leichteren Verletzungen davon.

deren Stockwerke vom Feuer erfaßt. Unter den Bewohnern des brennenden Hauses brach eine furchtbare Panik aus. Die meisten sprangen blindlings aus allen Stockwerken auf die Straße hinab, wo sie tot oder schwer verletzt liegen blieben.

Dynamit als Kinderspielzeug!

Bukarest, 30. März 1932.

Ein schweres Unglück ereignete sich im Baikoi im Gymnasium, wo ein Schüler Dynamitprengkapseln mitbrachte, die er an die Mitschüler verteilte. Eine Kapsel explodierte beim Spielen. Zwei Schüler wurden dabei schwer und drei leicht verwundet.

Ein vorsichtiger Selbstmörder

Danzig, 31. März 1932.

Der 56jährige Kaufmann Karl Feichtner aus Berlin, der seit einiger Zeit in Zoppot weilte, wo er eifriger Besucher des Spielklubs war, hat vermutlich wegen Spielverlusts Selbstmord begangen. Er wird seit einigen Tagen vermißt. Seine Zoppoter Wirtsleute fanden seinen Koffer sowie seine sämtlichen Sachen vor. Auf einem Notzettel bittet er, seine Sachen an seine Berliner Angehörigen zu senden und beschreibt genau seinen Selbstmord. Er habe sich die Taschen mit Steinen gefüllt, wolle konzentriertes Sublimat nehmen und sich mit einer Eisenkette gefesselt in die Ostsee stürzen. Die Leiche Feichtners konnte bisher noch nicht gefunden werden.

50 Jahre Hermann Tietz

Der Warenhauskonzern Hermann Tietz kann im Monat April auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Der Konzern umfaßt heute 19 große Warenhäuser, davon 10 Betriebe in der Reichshauptstadt. Begründet wurde die Firma in Gera durch Hermann Tietz und Oscar Tietz.

Erdbeben in Südafrika

Kapstadt, 30. März 1932.

Die Stadt Johannesburg und das umliegende Gebiet wurden in der Nacht von einem außerordentlich starken Erdbeben heimgesucht. Mehrere Geschäftsgebäude im Mittelpunkt der Stadt schwankten sehr stark und erlitten erhebliche Beschädigungen. Gesimse und große Stücke des Mauerwerks stürzten zu Boden. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. In einem Bergwerk stürzte ein Schacht vollkommen ein. Die Nadel des Seismographen im Johannesburger Observatorium wurde von dem heftigen Beben außer Tätigkeit gesetzt.

9 Tote und 29 Schwerverletzte bei einem Brandunglück

Belgrad, 30. März 1932.

In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich in Agram ein furchtbares Brandunglück, das nach dem Belgrader Abendblatt „Prawda“ einen größeren Umfang angenommen hat, als man zuerst vermutete. Den letzten Nachrichten zufolge forderte das Unglück 9 Tote und 29 Schwerverletzte. Der Brand entstand durch eine Explosion in einem Film-atelier, das im zweiten Stockwerk eines sechsstöckigen Gebäudes untergebracht war. Das Feuer fand darauf neue Nahrung in einigen großen Kannen mit Benzin, die ebenfalls explodierten. Die Operateure sprangen sofort durchs Fenster auf die Straße. Durch den Luftdruck wurden im Umkreis von einem halben Kilometer zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Bald darauf wurden auch die an-

Keine große Veränderung...

Sonderburg, 30. März 1932.

Das Schloß Augustenburg, die Geburtsstätte der letzten deutschen Kaiserin, wird am Freitag als Irrenanstalt für 380 Betten geöffnet werden.

Wir wollen
Wir wollen
Wir wollen



unserem alten Grundsatz getreu bleiben!
unsere Raucher zufrieden stellen!
auch weiterhin unsere „JUNO“ in der
alten bewährten Qualität liefern!

Und deshalb geben wir keinerlei
Zugaben in Form von Gutscheinen,
Wertmarken oder Stickeren.

Zugaben würden auf
Kosten des Tabaks gehen.



Die „Spaltung“ der SAP

Der „Vorwärts“ findet nicht den Mut, seinen Lesern einen auch noch so kurzen Bericht von dem Parteitag der SAP zu geben. Er begnügt sich mit ein paar dummen Schimpfereien — dem einzigen, was seine Redakteure hier zu produzieren in der Lage waren — und faselt von der „zweiten Spaltung der SAP“. Die erste „Spaltung“ war — der Austritt Heinrich Ströbels. Wenn der Austritt eines Genossen eine Spaltung ist, dann spaltet sich die SPD hundertmal an jedem Tag. Der „Vorwärts“ spricht dann weiter von dem „übriggebliebenen Rest“ der SAP. Nun, dieser „Rest“ ist die ganze SAP, mit Ausnahme jenes einen Genossen Ströbel; im übrigen sind Tausende von neuen Genossen seit Ströbels Austritt neu hinzutreten zur SAP. Nach dem „Vorwärts“ hat sich dieser „Rest“ der SAP auf dem Parteitag wieder gespalten. Den Delegierten ist das seitensamerweise völlig entgangen. Und wenn sich der „Vorwärts“ dabei auf die Erklärung Anna Siemens stützt, die die Prinzipienklärung nur als „Diskussionsbasis“ gelten lassen will, so beruhigen wir ihn: Im Referat zur Prinzipienklärung, in den Worten des Genossen Seydewitz nach der Annahme der Prinzipienklärung, in der Schlußrede des Genossen Rosenfeld ist ausdrücklich festgestellt worden, daß zwar die Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei unter allen Umständen gewahrt bleiben muß, daß aber die Prinzipienklärung die bindende Grundlage der Politik und Aktion der Gesamtpartei ist, und daß jedes Parteimitglied verpflichtet ist, in der Aktion die strengste Geschlossenheit und Disziplin zu wahren. Da es in der SPD keine Meinungsfreiheit gibt, kann sich ein SPD-Gehirn natürlich auch nicht vorstellen, daß die Genossen der SAP auch bei tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der Partei die Treue halten.

Feme-Schulz als Landtagskandidat

Jetzt werden die nationalsozialistischen Kandidatenlisten für die Landtagswahl veröffentlicht. Unter zahllosen Grafen, Rittergutspächtern, Baronen und abgedankten Offizieren figuriert als Spitzengewerber im Wahlkreis Halle—Merseburg der Feme-Schulz.

Oberleutnant a. D. Paul Schulz, das Haupt der Feme der schwarzen Reichswehr, war vom Schwurgericht beim Landgericht III Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert am 26. März 1927 zum Tode verurteilt worden und wurde dann durch die Amnestie vom Oktober 1930 von aller Verfolgung befreit.

Am 28. Juni 1929 schon war er aus der Haft wegen lebensgefährdender Verschlechterung seiner Gesundheit entlassen worden. Als im Januar 1930 die Verhandlung gegen den aus US Amerika repatriierten, später unter geheimnisvollen Umständen tödlich verunglückten Unteroffizier Fahlbusch wegen Fememordes an Brauer vor dem Berliner Schwurgericht anberaumt war, zu der Schulz als Mitangeklagter geladen war, bescheinigten ihm die Münchener Gerichtsärzte, daß er „wegen schwerer paranoider Veränderungen in seiner Psyche“ noch auf lange Zeit handlungsunfähig sein werde; das Verfahren gegen ihn wurde abgetrennt.

Nach allgemeinen klinischen und psychiatrischen Erfahrungen pflegt sich Paranoia (eine Geisteskrankheit) kaum zurückzubilden.

Die Hitlerpartei schickt einen amtsärztlich derart gekennzeichneten Mann in den preußischen Landtag.

Das Zentrum holt sich Instruktionen

Berlin, 30. März 1932.

Während der Osterfeierlichkeiten in Rom, haben der Parteiführer des Zentrums, Prälat Kaas, sowie Prälat Schreiber in Rom geweiht und dort mit vatikanischen Kreisen Fühlung genommen.

Waffenlager zum Bürgerkrieg

Die Münchener Polizei teilt mit: Am 11. März hatten drei Mitglieder der NSDAP in Rosenheim von einem Landwirt bei Endorf in Oberbayern ein leichtes Maschinengewehr, drei Infanteriegewehre, eine größere Anzahl Munition und Leuchtpistolen herausgelockt. Diese Gegenstände sind nach Rosenheim in das Anwesen des dortigen forstwirtschaftlichen Gaufachberaters der NSDAP gebracht worden. Im Verlaufe der weiteren polizeilichen Erhebungen, die zur Beschlagnahme der bezeichneten Waffen führten, gelang es, noch weitere Waffenlager aus der Einwohnerwehrgewalt her polizeilich zu erfassen und eine größere Menge Telephongeräte aus Heeresbeständen sicherzustellen.

Und wie viele Waffenlager für den Bürgerkrieg mögen noch vorhanden sein, von denen die Polizei heute noch nichts zu wissen braucht!

Schutzbedürftige Reichswehr. Am Dienstag abend warfen jugendliche Kommunisten wieder Mauer Werbeschriften über die Mauer der Reichwehrkaserne zu Itzehoe. Die Polizei hat sieben Kommunisten festgenommen.

Sozialdemokratie gegen Arbeitslose

Berlin, den 31. März 1932.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, bedeutet die neue Verordnung der Reichsregierung zur „Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung“ einen glatten Raub der Unterstützungsrechte der Arbeitslosen. Die bisherige Selbstverwaltung der Arbeitsämter ist völlig aufgehoben, das Etatrecht der Verwaltungsausschüsse ist durch die Vorschläge der Vorsitzenden ersetzt. Die Ausschüsse sind nur noch anzuhören. Die Einberufung der Organe findet nicht mehr vierteljährlich, sondern nur noch jährlich statt. In der Personalbestellung ist eine wesentliche Veränderung dadurch erfolgt, daß das bindende Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse für die Bestellung von Fachkräften beseitigt ist und die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt werden, die Bestellung vorzunehmen.

Eine ungeheure Härte liegt in der Bestimmung, daß künftig jedes Arbeitsamt für alle Schulden eines Arbeitslosen ohne Zustimmung des Bezugsberechtigten Hand auf die Sozialrente legen kann. Für die Notstandsarbeiter setzte bisher der Verwaltungsausschuß die obere Grenze für die Entlohnung fest. Nach der neuen Verordnung hat allein der Vorsitzende darüber zu bestimmen. Rechtsmittel gegen diese Festsetzungen sind nicht gegeben.

An dieser neuen ungeheuerlichen Benachteiligung der Arbeitslosen durch die Bürokratisierung und Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Selbstverwaltungskörper ist die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße beteiligt. Sie hat in den Arbeitsämtern und dem Verwaltungsapparat eine große Anzahl

der entscheidenden Stellen besetzt, aber diese „Machtpositionen“ wurden wieder einmal dazu benutzt, die Rechte der Arbeiterschaft zu verkürzen und zu brechen. Der „Vorwärts“ gibt zwar zu, daß durch die neue Verordnung „nichts verbilligt“ wird, im übrigen versucht er aber, sich durch verlegenes Stottern aus der Affäre zu ziehen. Schuld sind natürlich wieder die letzten Reichstagswahlen mit ihrer nazi-kommunistischen Hochflut, die „nun die Bürokratie benutzt, um auf allen möglichen Gebieten die Selbstverwaltung aus- und sich selbst einzuschalten“. Daß die eigene Politik der SPD selbst an dem Ausgang dieser Wahlen die Hauptschuld trägt, wird natürlich verschwiegen. Aber noch am Grabe richtet der „Vorwärts“ die Hoffnung auf: „Es wird von dem Ausgang der nächsten Wahlen abhängen, ob und wie weit der Trümmerhaufen beseitigt werden kann, der dadurch seit dem September 1930 angerichtet worden ist. Einen anderen Weg zur Wiederherstellung der Sozialversicherung als die Wahl von Sozialdemokraten gibt es nicht.“

Nachdem die SPD in dieser Weise die wenigen Positionen und Rechte, die der Arbeiterschaft noch verblieben sind, preisgegeben hat, nachdem durch ihre Schuld die Massen der Arbeitslosen immer weiter der Verelendung und Verzweiflung preisgegeben werden, gehört schon ein recht trauriger Mut dazu, noch an die Wählermassen zu appellieren. Diese haben wieder einmal einen deutlichen Beweis dafür erhalten, in welcher Weise die SPD mit ihrem Vertrauen Schindluder getrieben hat, sie werden ihr nicht erst bei den Reichstagswahlen, sondern schon jetzt bei den Preußenwahlen die entsprechende Quittung erteilen.

tung des Verbotes wird mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis 14 Tagen bestraft.

Die Donaukonferenz

London, 31. März 1932.

Die englische Regierung hat ursprünglich den 6. oder 7. April als Zeitpunkt für die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Großmächte vorgesehen und hofft noch immer, daß die Konferenz in der nächsten Woche zustandekommen wird.

Pertinax jedoch gibt zu verstehen, daß der oben genannte Zeitpunkt Tardieu nicht passe, da er schon am 10. April nach Genf müsse und daher „keine Zeit mehr zu Höflichkeiten habe.“

Bürgerliches Wahlbündnis

München, 31. März 1932.

Ein Wahlbündnis zwischen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ist für die bayerischen Landtagswahlen abgeschlossen worden. In Bayern werden diese beiden Parteien gemeinsame Listen zur Landtagswahl aufstellen. Man nimmt an, daß die Verhandlungen zur Heranziehung auch der Staatspartei und des Christlichsozialen Volksdienstes für die Listengemeinschaft in Bayern fortgesetzt werden.

Muster Brüning Notverordnungen im Saargebiet

Saarbrücken, 31. März 1932.

Die Regierungskommission hat die Gesetzentwürfe über die Finanzen der Gemeinden

und Gemeindeverbände und über die Aufnahme von Anleihen und Darlehen durch Gemeinden und Gemeindeverbände durch Notverordnung in Kraft gesetzt. Die wichtigste Bestimmung diktiert eine Senkung aller Gemeinde-Einlagen über 150 vH. Damit unterliegen praktisch die Haushaltspläne sämtlicher Gemeinden des Saargebietes der Zustimmung der Regierungskommission. Der Landesrat und mit ihm die große Mehrheit der Saarbevölkerung lehnen die beiden Verordnungen ab.

Buchdrucker-Lohntarif gekündigt

Während die Verhandlungen über den Manteltarif im Buchdruckgewerbe noch im Gange sind, haben die Unternehmer jetzt noch den Lohn tarif gekündigt. Das kann nur in der Absicht erfolgt sein, eine Lohnreduktion zu erzwingen. Durch diese Kündigung sind die ohnehin aufs äußerste gespannten Verhältnisse im Buchdruckgewerbe noch um einige Grade verschärft worden.

Kämmereiarbeiter werden ausgekämmt

Seit Wochen wird bei den Berliner Kämmereiarbeitern von den Bezirksämtern nachgeschneffelt, wer Nebenarbeit verrichtet oder eine Portierstelle hat, soll bei kommenden Entlassungen bevorzugt werden. Bereits verlautet gerücheltweise, daß demnächst Massenkündigungen bei diesen Arbeitern geplant sind. Kämmereiarbeiter, schickt über alle Vorkommnisse in den Betrieben Berichte an die „SAZ“ ein. Diese Spionagemethode wird auch in anderen Städten angewandt. Die damit verfolgte Absicht ist leicht zu erkennen: man will die festen Arbeiter loswerden, damit man diesen nicht das Ruhegeld und andere soziale Forderungen zu gewähren braucht. An ihrer Stelle sollen dann Wohlfahrts-erwerbslose und 4-Tage-Arbeiter beschäftigt werden, deren Entlohnung teilweise in derselben Höhe der Erwerbslosen-Unterstützungssätze liegt. Auf Manteltarif, Betriebsvertretung, oder sonstige Einrichtungen der festen Arbeiter haben diese 4-Tage-Arbeiter keinen Anspruch; nach 13 bzw. 26 Wochen fliegen sie dann wieder auf die Straße. So sollen Erwerbslose und Arbeitende auf gleiche Stufe gesetzt werden. Wir fordern Gleichstellung dieser Arbeiter mit den festen Arbeitern.

Fanzösischer Chauvinisten- export nach England

London, 30. März 1932.

Der französische Parfum-Fabrikant und Besitzer des „Ami du Peuple“, Coty, hat eine englische Zweiggesellschaft mit einem Nominalkapital von einer Million Mark gegründet, für die bereits zwei englische Direktoren ernannt worden sind. Die Parfum-Fabrik ist in der Nähe von Brentford in Bau genommen und soll bereits im Herbst dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden. Bei Aufnahme des vollen Betriebes wird das Werk etwa 2000 Personen beschäftigen.

Coty ist bekannt als einer der schlimmsten Chauvinisten und großzügiger Finanzier der nationalistischen Bewegung. Der Saatz des Pfundes hat für ihn, wie auch für eine Reihe deutscher Industrieller den Anreiz geboten, als guter Patriot seine Profite außerhalb des eigenen Vaterlandes zu suchen.

Vor dem völligen Zusammenbruch

Kiel, 30. März 1932.

Im Provinziallandtag von Schleswig-Holstein erklärte der Landeshauptmann: Durch den Rückgang der Steuerkraft, den Nichteingang der fälligen Steuerforderungen und die ständige Zunahme der durch die Fürsorge für die Wohlfahrts-erwerbslosen entstehenden Lasten ist die finanzielle Notlage der Gemeinden, der Kreise und des Provinzialverbandes so außerordentlich bedrohlich geworden, daß die gesamte Selbstverwaltung einschließlich der Wohlfahrtspflege in aller nächster Zeit zum Stillstand kommen wird. Nur durch eine sofortige und ausreichende Hilfe von Reich und Staat kann die drohende Gefahr des völligen Zusammenbruchs der öffentlichen Wirtschaft beseitigt werden.

286 Mill. Dollar neue Steuern

Washington, 31. März 1932.

Die Mahnung des Sprechers im Repräsentantenhaus, Garner, vom Dienstag, gemeinsam für den Ausgleich des Haushaltes zu sorgen, hat Erfolg gehabt. Das Haus hat eine weitere Erhöhung der Steuern um 286 Millionen Dollar beschlossen. Diese endgültige Annahme des Steuergesetzes durch das Repräsentantenhaus wird für Donnerstag abend erwartet. Er geht dann an den Senat.

Polizei knüppel gegen Streikende

Ausnahmezustand in Mährisch-Ostrau

Prag, 30. März 1932.

Am Mittwoch ist es im Streikgebiet von Mährisch-Ostrau und Karwin zu blutigen Zusammenstößen zwischen Gendarmerie und Streikenden gekommen, als eine große Anzahl von Streikenden auf dem Schacht von Niederbuchau die Arbeitswilligen von der Arbeit abhalten wollten.

Als sie vor dem Schacht ankamen, wurden sie von einem Polizeiaufgebot empfangen.

Ein Arbeiter wurde schwer und vier leicht verletzt. Die Flugblätter der Kommunisten wurden von der Polizei beschlagnahmt und der Ausnahmezustand über das ganze Industriegebiet verhängt.

Der Streik hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Auch im Brüxer Gebiet haben sich weitere Schachtbelegschaften dem Streik angeschlossen. Die Streikbewegung hat auch das Kladower Kohlengruben erfaßt.

Hakenkreuzabzeichen in der Tschechoslowakei verboten

Prag, 30. März 1932.

Die meisten Bezirkshauptmannschaften im sudetendeutschen Gebiet veröffentlichen nunmehr die Verfügung, wonach das Tragen von Hakenkreuzen als Abzeichen oder jedes Zuschautragen von Hakenkreuzen auch in anderer Form verboten wird. Die Ueberschrei-

Einer teletiert den anderen



Severing: Hilfe, der brennt uns ja die ganze Bude an! —
Groener: Nur keine Aufregung, mein Sessel ist feuerfest. Außerdem hat er das vorher bei mir angemeldet.

